



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33
25. September 1950

P/V/223

Hinweise auf den Inhalt:

Wirtschaftliche Gefahren der Korea-Konjunktur	S.1
Folgen der New Yorker Konferenzen -Bericht aus New York -	S.3
Sieg des gesunden Menschenverstandes -zur Südweststaat-Abstimmung-	S.5
Weitere KP -Terrorakte stehen bevor	S.6

Das Korea-Geschenk

RAP. Es war eine nicht unbegründete Meinung, die dem Kapitalismus die Meisterung seiner Schwierigkeiten in gelegentlichen Rüstungskonjunkturausgleich zuzuschreiben. Inzwischen hat man in verschiedenen Ländern gelernt, mit einer mehr oder weniger an den Keynes'schen Lehren orientierten Wirtschaftspolitik die Konjunkturen des Wirtschaftsablaufs zu korrigieren. Die von den Ereignissen in Korea ausgelöste Rüstungskonjunktur traf daher in einigen Ländern, so auch in den USA auf einen Zustand der Vollbeschäftigung. Der Durchführung der Rüstungsaufgaben steht damit das ernste Problem gegenüber, dass keine unausgenutzte Kapazitäten vorhanden sind. Die Rüstungskonjunktur - früher die Retterin aus wirtschaftlichen Stockungen und aus Arbeitslosigkeit - erweist sich heute als ein Danaergeschenk, das unmittelbare Gefahren in sich trägt. Der Rüstungsbedarf, der nicht auf unausgenutzte Produktionsreserven trifft, drückt sofort auf den zivilen Verbrauch und er muss nicht nur diesen stark drosseln, sondern auch von dem Geld der Konsumenten bezahlt werden, wenn nicht von Anfang an eine hemmungslose Inflation ausgelöst werden soll.

Die Suche nach ungenutzten Kapazitäten in der Weltproduktion äußert sich in Westdeutschland mit einer Exportkonjunktur, die der noch immer nicht völlig aufgebauten Wirtschaft der Bundesrepublik eine unverhoffte Chance gibt. Dass in dieser Chance ebenfalls Gefahren liegen, zeigt sich u.a. in der optimistischen Psychologie der Lenker dieser Wirtschaft. Die Schaffung neuer Kapazitäten, die in bereits vollbeschäftigten Volkswirtschaften erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt, in Westdeutschland jedoch eine Notwendigkeit für die Erreichung einer Friedens-

wirtschaft ist, wird angesichts der gegenwärtigen Exportkonjunktur als überflüssig angesehen. Der Sog des preisgleichgültigen Rüstungsbedarfes auf dem Weltmarkt mag die westdeutschen Arbeitslosen weitgehend in den technisch unzulänglichen Produktionsapparat Westdeutschlands einsaugen und gerade auf diese Weise erweist sich die Rüstungskonjunktur als ein Danaergeschenk auch für Westdeutschland. Sobald sich die politische Weltlage etwas beruhigen sollte, wird ein für unsere Wirtschafts- und Sozialstruktur unerträglicher Rückschlag eintreten, der innen- wie aussenpolitisch nachteilige Konsequenzen haben müsste. Teils wird die rüstungsbedingte Exportkonjunktur einen noch mehr verschlissenen Produktionsapparat in unserem Lande hinter sich lassen, teils werden die Exportgewinne zur Ausweitung solcher Kapazitäten verwendet werden, für die die deutsche Volkswirtschaft in mehr normalen und in friedlicheren Zeiten keine Verwendung hat.

Die von der ausserhalb Deutschlands vor sich gehenden Aufrüstung getragene Belebung des westdeutschen Aussenhandels sollte in geschickter Weise in das zweite Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung eingebaut werden, auf das diese unbegreiflicherweise verzichten zu dürfen glaubt. Hier wäre die Gelegenheit, ein organisches Auf- und Ausbauprogramm zugunsten der Gesundheit unserer geschädigten Wirtschafts- und Sozialstruktur durchzuführen. Dazu wäre die Exportbegünstigung der für den Wirtschaftsaufbau notwendigen Güter notwendig. Bekanntlich operieren die vom neoliberalen Geiste besessenen Leiter unserer Wirtschaftspolitik gegen eine Politik der Vollbeschäftigung mit dem Hinweis auf die durch diese möglicherweise aufstehenden Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz. Die Korea-Konjunktur nimmt diesem Argument einiges von seiner Gültigkeit, vorausgesetzt, dass man nicht andere als rein volkswirtschaftliche Beweggründe hat.

Folgen der New Yorker Aussenministerkonferenzen

Von unserem Korrespondenten H. Steinitz

New York, Ende September

Als die Aussenminister der "Grossen Drei" am Nachmittag des 12. August den prachtvollen grauen Salon im 37. Stock des New Yorker Hotels Waldorf Astoria betraten, in dem ihre vertrauliche Dreierkonferenz und anschliessend daran die Tagung des Atlantikrates stattfinden sollten, erklärten alle drei unabhängig voneinander der Presse, dass diese Konferenz historisch wichtige Entscheidungen fällen und grosse Fortschritte für Frieden und Sicherheit bringen werde. Die Beratungen haben wirklich Geschichte gemacht und wirklich Neues gebracht, wenn auch in einer Form und unter Begleitumständen, die von Überraschungen und Enttäuschungen nicht frei sind.

Drei Tage sollten die "Grossen Drei" im engsten Kreis beraten und nach einem Gedankenaustausch über Korea und Formosa, die Vertretung Rot-Chinas in der UNO und die Lage in Indochina einen gewichtigen Beschluss fassen: man solle eine einheitliche "Atlantische Armee" unter einheitlichem Oberkommando gründen und diesem eine bestimmte Anzahl deutsche Divisionen unterstellen. Gleichsam als Belohnung für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands solle der Bonner Bundesregierung eine Anzahl Konzessionen gemacht und vor allem die Verteidigung Westdeutschlands gegen einen Angriff aus dem Osten versprochen werden, weshalb die drei Besatzungsmächte ihre Garnisonen in Deutschland verstärken und ausdrücklich die Übernahme der "Elbelinie" als Verteidigungsbasis versprechen sollten.

Es kam ganz anders. Gewiss waren sich die Amerikaner darüber klar, dass sie in ein Wespennest griffen: sie kannten die ablehnende Haltung der Franzosen und die mehrheitlich keineswegs rüstungsbegeisterte Haltung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Aber die amerikanische Einstellung ist, dass Westeuropa nach wie vor das Ziel Nummer Eins des Kreml und die "Schlüsselposition" des Weltfriedens sei, und dass darum alle Bedenken zurückgestellt werden müssten. Washington hoffte, mit diesem Hinweis und allerlei Zusicherungen die französische Regierung umstimmen zu können.

Bekanntlich hat sich diese Erwartung Washingtons nicht erfüllt. Schuman, unterstützt von Bevin (und später, im Atlantikrat, auch von den Sprechern Belgiens und Luxemburgs), billigte die Vereinheitlichung der Streitkräfte und das einheitliche Oberkommando (auch der für dieses Amt immer wieder als aussichtsreichster Bewerber genannte General Eisen-

hower stiess auf keinen Widerspruch); er billigte die Elbelinie und die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland - aber er akzeptierte nicht die deutschen Divisionen, von deren Aufstellung er eine "Provokation" der Russen und eine Zersplitterung der amerikanischen Lieferungen von Rüstungsmaterial befürchtete. Dafür befürwortete er die auch schon vorher vorgeschlagene deutsche Bundespolizei. Eine Woche lang wurde heftig über die Aufrüstungsfrage diskutiert, ohne dass ein Einvernehmen erzielt werden konnte: weder der Dreiertrat, noch der Zwölferrat kamen zu einer Lösung; beide vertagten sich, kamen ein paar Tage später noch einmal zusammen und schoben schliesslich die Abschlussitzung des Atlantikrates noch einmal um eine Woche hinaus, um inzwischen den Verteidigungsminister Englands und Frankreichs, Emmanuel Shinwell und Jules Moch, Gelegenheit zu geben, nach Amerika zu fliegen und technisch-militärische Fragen mündlich mit General Marshall zu besprechen. In den Ministerdebatten verengte sich schliesslich der Streit "deutsche Divisionen oder deutsche Bundespolizei", in dem immer wieder auch auf die Einstellungen der deutschen politischen Parteien, sowohl der Regierungskoalition als auch der Sozialdemokratie, hingewiesen wurde, auf eine reine Zeitfrage: "Noch sei es zu früh", so ungefähr argumentierten Franzosen und Engländer, die Bildung deutscher Truppeneinheiten innerhalb der atlantischen Streitmacht in Angriff zu nehmen; später könne man eher daran denken.

Inzwischen aber hat man nicht tatenlos pausiert, sondern eine Art Generalreinigung bezüglich der Stellung Westdeutschlands vorgenommen. Der Verlauf der Debatten hat bewiesen, dass man die neuen Beschlüsse nur sehr bedingt als Erfolge der Bonner Regierung ansehen kann. Die allgemeine Entwicklung der Weltlage seit dem Beginn des Koreakonfliktes und, nicht zu vergessen, die immer wieder vorgebrachten Argumente der deutschen Oppositionssprecher, Schumacher und Schmid, haben auf die Entscheidungen, die im Hotel Waldorf Astoria gefällt wurden, wesentlichen Einfluss ausgeübt.

Die Neuberufung General Marshalls bedeutet, dass Amerika den Frontabschnitt Europa für wichtiger und entscheidender hält als den Frontabschnitt Asien, und die Aufnahme Deutschlands und Berlins in die zu beschützende Zone besagt, dass jeder Gedanke an eine Verteidigung "auf der Rheinlinie" oder gar an der Kanalküste endgültig aufgegeben worden ist. Und dass die Westmächte es mit dieser Erklärung ernst meinen, geht daraus hervor, dass schon Stabsbesprechungen eingesetzt haben, die die technische Möglichkeit einer militärischen Verteidigung West-Berlins studieren.

Westdeutschland wird seine Bundespolizei bekommen, wobei die Mi-

nister anscheinend an eine Formation wie die französische "Garde Mobile" gedacht haben, halb Polizei und halb Militär,- und ausserdem wird es vermutlich doch noch zu den Deutschen Divisionen im Sinne Achesons kommen, früher oder später. Aber da die Bildung der einheitlichen, "atlantischen Streitmacht" in jedem Falle viel Zeit erfordern wird, vermutlich mehrere Jahre, wird man gut tun, die Entscheidung darüber, wie sie auch immer ausfallen wird, gelassen hinzunehmen und den weiteren Gang der Ereignisse abzuwarten.

 Ein Sieg des gesunden Menschenverstandes.
 =====

(sp) Staatspräsident Wohleb mag am Montag ungnädig das Ergebnis der Volksbefragung über den Südweststaat betrachtet haben: In seiner nächsten Umgebung, in Freiburg, hat er für seine Thesen mit Mühe und Not eine knappe Mehrheit gefunden und in seinem gesamten "Musterlände" haben sich etwa 60 Prozent für ihn, 40 Prozent aber gegen ihn ausgesprochen. Das ist, gemessen an dem ganzen Komplex, ein persönliches Misstrauensvotum, wie es selbst optimistische Befürworter des Südweststaates nicht erwartet hatten. Der Schwabenspiess, den Wohleb auf seinen Plakaten gegen den Südweststaat in Stellung gebracht hatte, hat sich gegen ihn gewendet.

Zwei besondere Merkmale kennzeichnen das Ergebnis der Volksbefragung: dass der gesunde Menschenverstand gesiegt hat (was man in der Politik nicht immer erwarten darf), und dass so viele Menschen zu den Wahlurnen gingen, um Herrn Wohleb eine entsprechende Antwort zu geben. Man hatte vorher mit einer Wahlbeteiligung von etwa 30 Prozent gerechnet, wohl in Erinnerung an eine Volksbefragung, die im Sommer in Hessen stattfand. In Hessen ging es damals um das Wahlrecht; diese Frage vermochte nur einen geringen Teil des Volkes vor die Wahlurne zu bringen. Die südwestdeutsche Abstimmung aber hat gezeigt, dass das Volk sehr gut zu reagieren weiss, wenn es um handgreifliche Dinge geht. Man sollte daraus bei künftigen Volksentscheiden die entsprechenden Lehren ziehen.

Es ist zu bedauern, dass nach dem Buchstaben des "Wahlabkommens" die drei Länderregierungen nicht verpflichtet sind, den Spruch des Volkes vom Sonntag ohne Verzögerung und bis in die letzten Konsequenzen in die politische Wirklichkeit zu übertragen. Vermutlich hatte sich hier Herr Wohleb einen "Bergfried" für seinen Widerstand gegen den gesunden Menschenverstand reserviert. Bekanntlich wurde die Abstimmung nur "zur Orientierung" der Regierungen veranstaltet. Das Abstimmungsergeb-

nis vom Sonntag aber - über 70 Prozent der Befragten sind für die Errichtung des Südweststaates - spricht eine so deutliche Sprache, dass es keine der Regierungen wird wagen dürfen, den zum Ausdruck gebrachten Volkswillen zu missachten. Wahlen und Volksabstimmungen sind zu ernst und auch zu teuer, als dass man über sie zur Wohlbescherten Tagesordnung übergehen könnte.

Weitere KP-Terrorakte stehen bevor

(sp.) Der Zwischenfall von Bochum, wo FDJ-Angehörige in einer wohlorganisierten Aktion eine Kundgebung des Bundespräsidenten vor der Bergmannsjugend zu stören versuchten, war nur ein Vorspiel, das aber blitzartig gezeigt hat, was noch zu erwarten ist. Im ganzen Ruhrgebiet sind die Kommunisten eifrig mit den Vorbereitungen für die "Friedensdemonstrationen" zum 30.9. und 1.10. beschäftigt, die trotz Verbot von der KP-Zentrale angeordnet worden sind. Bisher steht fest, dass in Dortmund, Bochum, Essen, Düsseldorf und Solingen Quartiere gemacht werden. Die Leitung der gesamten Aktion ist inzwischen von Dortmund wegverlegt worden nach einem bisher noch unbekanntem Platz. Dabei sind die westdeutschen Organisatoren Kurt Goldstein aus Essen und Georg Kwiatkowski nur Nebenfiguren. Die verantwortlichen Hintermänner sind Volkspolizisten, die auf eine Reihe von NRW-Städte aufgeteilt worden sind und illegal leben.

Nachdem das erst für Dortmund geplante Treffen der KP auf verschiedene Städte verlegt worden ist, um der Polizei das Eingreifen zu erschweren, ist jetzt von der Parteileitung angeordnet worden, die Demonstrationen auch in den einzelnen Städten gleichzeitig an verschiedenen Orten vorzunehmen. Die Einleitung sollen kleinere "Blitztreffen" in mehreren Stadtteilen sein, so dass die Polizei bis zum letzten Augenblick im Ungewissen bleibt, wo die grösseren Zusammenballungen geplant sind. Dabei haben die FDJ-ler, um die es sich im wesentlichen handelt, Befehl erhalten, sich gegen die polizeilichen Anordnungen zur Wehr zu setzen, wenn sie in der Mehrzahl sind und Aussicht haben, sich zu behaupten. Die verantwortlichen Behörden rechnen deshalb mit der Möglichkeit schwerer Zusammenstöße, die sich über zwei oder drei Tage hinziehen können. Denn wenn eine Versammlung aufgelöst ist, sollen die Kommunisten den bisher vorliegenden Anweisungen nach sich an neuen Orten wieder sammeln.

Die entschlossenere Gegenwehr, auf die die Kommunisten in den letzten Wochen stossen, haben zur Aufstellung eines neuen Apparates bei den

25.9.1950

Kreisleitungen geführt, der im wesentlichen terroristische und Spionageaufgaben ausführt. Nach dem Verbot der KP-Zeitungen sind in einigen Fällen Redakteure Leiter dieser Gruppen geworden, die sich u.a. mit der Aufstellung Schwarzer Listen befassen. Zu diesem Zweck wurden in den Volkszählungsapparat KP-Leute eingebaut. Wie weit dieser Terror innerhalb der Partei selbst bereits geht, beweist die Verschleppung Jugendlicher in die Ostzone, die am Pfingsttreffen in Berlin teilnahmen, sich dabei aber vorwiegend in den Westsektoren aufhielten. Aus Dortmund sind bisher zwei solcher Fälle namentlich bekannt. Aus Essen wurden vier Jugendliche auf Grund eines formellen Beschlusses der Kreisleitung zur "Erholung" in die Ostzone eingeladen, wo sie verschwunden sind. Den Eltern, die der KP angehören, wurden Repressalien angedroht, falls sie sich beschweren sollten.

- - - - -

Nachrichten aus der Sowjetzone:

"Friedens"-Sportabzeichen und "Friedens"-Märsche

(sp) Die Orts- und Kreisausschüsse der "Nationalen Front" in der Sowjetzone hatten kürzlich alle "fortschrittlich eingestellten Menschen" zu einem "Friedensmarsch" aufgerufen., der gleichzeitig als erste Übung für das sportliche Leistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens" gewertet wurde. Die Beteiligung war in fast allen Orten minimal. - Ferner hat der FDGB die Arbeiterschaft zum "Wettstreit um die Friedensfahne des FDGB" aufgerufen.

- - - - -

Kulturschaffende Schlesier gesucht

=====

(sp) Zur Vorbereitung der 1. Bundestagung der Schlesier in Köln und zur Vorarbeit für die Ostdeutsche Heimatwoche 1951 in Hannover werden die Kulturschaffenden aus Schlesien und Oberschlesien, die jetzt in Niedersachsen ihren Wohnsitz haben, gebeten, ihre Anschrift an den akd. Maler Erich Z a b e l (20a) Hannover-Kirchrode, Tiergartenstrasse 75 zu senden.

- - - - -

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt